Nr. 221 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 109

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Oesterreich, Ungarn und Luxemburg 20,— M., für das übrige Ausland 27,— M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 5,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,50 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 1,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 1,— M., jedes weitere Wort 80 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 3,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Donnerstag, den 12. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Ententekonferenz mit Deutschland?

Paris, 12. Mai. (EE.) Der Chefredakteur der „Chicago Tribune", Henry Wales, schreibt heute, daß eine neue Sitzung des Obersten Rates wahrscheinlich noch vor dem 1. Juni stattfinden werde. Daran werden sowohl die Vereinigten Staaten als auch Deutschland teilnehmen. Dabei sollen hauptsächlich die Zahlungsmodalitäten erörtert werden, die Räumung von Duisburg und die Regelung der oberschlesischen Frage. Die Konferenz wird entweder in Italien oder in Belgien stattfinden. Man spricht von Ostende oder Stresa. Harding hat seinem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Konferenz möglichst in Italien stattfinden solle, da es ihm sonst unmöglich wäre, teilzunehmen und er doch dort mit Briand und Lloyd George zusammenzutreffen wünsche.

Paris, 12. Mai. (EP.) Nach Mitteilungen der Blätter sollen die in der Umgebung von Düsseldorf zusammengezogenen sechs französischen Divisionen hinter den Rhein zurückgezogen werden, sobald Deutschland 150 Millionen in Gold als Teilzahlung auf die abzuliefernde Goldmilliarde bezahlt hat.

Englische Anerkennung.

London, 11. Mai. (WTB.) Zu der Annahme der Bedingungen der Alliierten durch Deutschland schreibt „Westminster Gazette", die Lage sei jetzt sehr geklärt. Die Deutschen hätten das Vernünftigste und sozusagen Einzige getan, was sie tun durften. Die Besetzung des Ruhrgebiets würde für Deutschland eine Katastrophe bedeutet haben. Die Bedingungen der Alliierten hätten Deutschland eine Gesamtverpflichtung auferlegt, die sich weit in die Zukunft erstrecke und **deren Höhe wahrscheinlich weit außerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands** liege, wie der Zeitraum, in dem die Zahlungen geleistet werden müßten, außerhalb des Horizonts liege, bis zu dem die jetzigen Politiker sehen könnten. Ein großer Teil des Planes sei jedoch bedingt durch die Entwicklung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands, und die sofortigen Zahlungen würden wohl für Deutschland nicht unmöglich sein.

„Pall Mall and Globe" erklärt, das deutsche Nein habe sich unter fester Behandlung in das deutsche Ja verwandelt. Das deutsche Volk werde im großen und ganzen angesichts der Geschichte der letzten Krise einsehen, daß der Wille und die Macht der Alliierten eine Wirklichkeit seien.

„Star" schreibt, wenn Absichten auf das Ruhrgebiet bestanden hätten, so müßten sie jetzt, wo Deutschland die Bedingungen der Alliierten angenommen habe, aufgegeben werden. Der Friedensvertrag, der Deutschland so riesige Lasten auferlege, schaffe, wie Reichskanzler Wirth mit Recht gesagt habe, **auch heilige Pflichten für die alliierten Regierungen.** Eine der ersten und dringendsten dieser Pflichten sei, dafür zu sorgen, daß Deutschland **in der oberschlesischen Frage** fair play zuteil werde. Die Gerechtigkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Oberschlesiens und schließlich das Interesse der Alliierten forderten, daß dem Angriff der Polen entgegengetreten werde. Wenn Deutschland zahlen solle, so müsse es jetzt **in Frieden gelassen werden**, um im Schweiße seines Angesichts seine nationale und wirtschaftliche Neugestaltung durchzuführen.

Selbst das Northcliffe-Blatt „Evening News" nennt die Worte, mit denen Wirth im Reichstag die Notwendigkeit der Annahme des Ultimatums der Alliierten begründete, fair.

Frankreich rechnet.

Paris, 12. Mai. (EE.) Der „Matin" betont heute, daß man bei dem in London geschlossenen neuen Abkommen zweifellos den Vorteil gehabt habe, nicht nur 2½ Proz. für die auszugebenden Schuldverschreibungen zu erhalten, sondern 5 Proz. plus 1 Proz. Amortisation. Das bedeute also eine Erhöhung der vorgeschriebenen Gebühren **um 3½ Proz. gegenüber dem Versailler Friedensvertrag.** Ferner bedeute es eine Verbesserung zugunsten Frankreichs, daß die Reparationskommission die Zahlungsfristen und -modalitäten nicht mehr abändern kann. Da die deutschen Schuldverschreibungen im Einvernehmen mit allen Alliierten ausgegeben werden, so bilden sie internationale Schuldscheine, die überall in Zahlung genommen werden. „Matin" verweist dann mit Genugtuung darauf, daß kein Soldat demobilisiert werden würde, ohne daß er durch einen anderen ersetzt werde, daß kein Geschütz ins Hinterland abgeschoben werden solle.

„Homme Libre" sagt: Am 1. Mai wird Deutschland nicht die Hand am Halskragen haben, aber wir Franzosen haben von Lloyd George graziös einen Fußtritt irgendwohin bekommen.

Gustav Hervé sagt in der „Victoire": Wenn, was nach allem zu erhoffen sei, das neue deutsche Ministerium seine ersten Versprechungen halte, dann wäre es ehrenhaft und geschickt von Frankreich die drei Kohlenhäfen, die man als Sanktionen seit zwei Monaten besetzt halte, zu räumen, ohne daß man von den Alliierten zur Räumung aufgefordert werde.

„Journal des Débats" schreibt: Man müsse strikte auf Erfüllung der Bedingungen bestehen und zu Handlungen schreiten, d. h. zur Besetzung des Ruhrgebietes, sobald das Reich sich unter irgendeinem Vorwande seinen Verpflichtungen entziehen wolle. Das **Berliner Kabinett könne nicht die materielle Unmöglichkeit vorschützen,** die vorgesehenen Reparationen zu bezahlen, **denn es habe noch keine einzige innere Anleihe aufgelegt.**

„Intransigeant" sagt: Man müsse sich bemühen, Deutschland nicht nach dem zu beurteilen, was es tue, sondern nach dem, was es tun werde.

Jacque Bainville sagt in der „Liberté", die Annahme im Reichstage sei nur erfolgt, um ein größeres Uebel zu vermeiden, mit Hintergedanken, um Zeit zu gewinnen. Er frage, was Frankreich dabei gewonnen habe. Darüber wolle er in 6 Wochen sprechen.

Marcel Sembat schreibt im „Populaire": Briand habe mobilisiert, um den Chauvinisten zu gefallen: hoffentlich werde er sich nicht durch die Notwendigkeit sie zufriedenstellen, zu gefährlichen Maßnahmen treiben lassen. Alle überlegenden Leute seien davon überzeugt, daß der einzig vernünftige Weg der sei, ein Abkommen mit den Deutschen zu suchen; sie seien glücklich, daß der nicht wieder gutzumachende Fehler der Besetzung des Ruhrgebietes verhindert worden sei. Wolle man nun etwa die Gelegenheit zu neuen Fehlern suchen?

Bainville schreibt in der „Action française", daß die Annahme des Ultimatums unter Bedingungen erfolgte, die keine Garantien gäben. Man werde das bald bemerken.

Geteilte Aufnahme in Belgien.

Brüssel, 12. Mai. (TU.) Der Bericht über die Annahme des Ultimatums hat in politischen und selbst in sozialistischen Kreisen Genugtuung hervorgerufen. „Le Peuple" sagt, wenn Deutschland den guten Willen beweist und es sich über kurz oder lang herausstellt, daß es die ökonomischen Bedingungen nicht ausführen kann, ohne Selbstmord zu begehen, dann wird von den Regierungen der **Entente sicher auch der Wirklichkeit Rechnung getragen werden.**

„Volksgazette" sagt, nach der Unterzeichnung müßten Verhandlungen stattfinden, die zu normalen Verhältnissen führen müßten und internationale Anleihen möglich machen. „Nation belge" sieht in der Kapitulation der Deutschen vor allem eine Niederlage des sozialistischen Ministers Vandervelde und einen Triumph Jaspars.

Genugtuung in Amerika.

London, 12. Mai. (EE.) „Daily Telegraph" meldet aus New York, daß die Washingtoner Regierungskreise ihrer tiefen Genugtuung Ausdruck geben, daß Deutschland die Forderungen der Entente annahm. Senator Lodge, der Präsident der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, erklärte, daß damit ein wichtiger Schritt zur Regelung der Angelegenheiten der ganzen Welt erfolgt sei. In gewissen Kreisen glaubt man, daß die Annahme des Ultimatums durch Deutschland die Abstimmung über die Resolution Knox zur Folge haben werde.

In anderen Kreisen wird allerdings erklärt, daß die Abstimmung über diesen Antrag neuerdings vertagt werden solle, da man erst die Berichte der Vertreter Amerikas in den interalliierten Körperschaften abwarten wolle. Man nimmt auch in Amerika an, daß die Berliner Regierung einsehen werde, daß jeder Versuch, die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages zu umgehen, durch die Haltung Amerikas bekämpft werden würde. Dadurch sei ein sehr wichtiger Faktor für die Wiederherstellung des internationalen Friedens geschaffen.

Bayern unter französischem Protektorat?

Paris, 12. Mai. (EE.) Der Berliner Korrespondent des „Journal" teilt mit, daß man allen Anlaß habe zu glauben, die Vertreter Bayerns würden in direkte Verhandlungen mit Frankreich eintreten. Es ist wahrscheinlich, daß Dr. Heim selbst beauftragt werden wird, Frankreich den Wunsch der bayerischen Regierung bekanntzugeben. Diese hat die Absicht, die Einwohnerwehr unter die dauernde Kontrolle der Franzosen zu stellen und dafür gewisse Garantien zu geben.

Sforza tritt zurück.

Paris, 12. Mai. (EE.) „Secolo" meldet: Graf Sforza teilte Giolitti, nachdem er ihm über das Ergebnis der Londoner Konferenz Bericht erstattet hatte, mit, daß er sein Amt niederlegen müsse. Giolitti bat Sforza, diese Absicht bis zur Eröffnung der Kammer aufzuschieben. Graf Sforza dürfte wahrscheinlich nach seinem Rücktritt als Außenminister der Nachfolger des italienischen Botschafters in Paris Grafen Bonin Longare werden.

Die Streiklage in England.

London, 12. Mai. (EP.) Die Lage des Bergarbeiterkonflikts ist durch die neue Krise im Transportbetriebe höchst ernst geworden. Das Vollzugskomitee des Transportarbeiterverbandes hat die Verschärfung des Embargo auf dem Kohlentransoprt beschlossen. Eine gleiche Maßnahme steht seitens des Vollzugskomitees des Eisenbahnverbandes bevor. Die Hafenarbeiter in Hull haben die Löschung der Kohlen eingestellt. Ein Teil der Arbeiter hat sich dem Einfluß seiner Führer entzogen und handelt auf eigene Faust. Inzwischen breitet sich der Streik auch auf die elektrischen Hilfsbetriebe aus.

Sozialistische Regierung?

Die Unabhängigen haben am kritischen Dienstag ihren Eintritt in eine Regierung, die mit bürgerlichen Parteien zusammen gebildet wird, abgelehnt, aber ihre Bereitschaft ausgesprochen, mit der alten Sozialdemokratischen Partei zusammen eine Regierung zu bilden.

Der Wert dieses Bekenntnisses zur Zusammengehörigkeit und die Anerkennung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie doch etwas anderes sei als die bürgerlichen Parteien, sollen nicht unterschätzt werden. Nach einer Periode so heftiger Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung haben sie ihre weit in die Zukunft hinausreichende Bedeutung.

Praktisch konnte jedoch der Vorschlag der Unabhängigen unter den gegenwärtigen Umständen nicht in Betracht kommen. Das gemeinsame Ziel — rechtzeitige Annahme des Ultimatums, um den französischen Vormarsch aufzuhalten — konnte nur erreicht werden, wenn innerhalb weniger Stunden die Bildung einer Annahmeregierung gelang. Der Vorschlag der Unabhängigen forderte Verhandlungen mit den Vorständen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa, die zu führen bei der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ganz unmöglich war. Mit diesen Verhandlungen allein war es aber noch nicht getan. Sollte die Annahmeerklärung Gültigkeit haben, so mußte sie von einer Regierung abgegeben werden, die eine Reichstagsmehrheit hinter sich hatte. Sozialdemokraten und Unabhängige bilden aber nur eine Minderheit. Verhandlungen über den Zutritt einer bürgerlichen Partei wären zeitraubend und aussichtslos gewesen.

Darüber hinaus kann keine Regierung ein Gesetz durchbringen, wenn sie keine Mehrheit hinter sich hat. In Sachsen kann die sozialistische Regierung nichts, selbst nicht die Bewilligung der Ministergehälter, durchsetzen ohne die Unterstützung der Kommunisten — gewiß kein idealer Zustand. Im Reich würde auch der Zutritt der Kommunisten noch lange nicht zur Bildung einer Mehrheit ausreichen.

Die sozialistische Regierung hätte also auch nach der Annahme des Ultimatums keinen Schritt tun können ohne die Hilfe einer bürgerlichen Partei. Um welchen Preis wäre diese Hilfe wohl zu haben gewesen? Eine Teilnahme dieser bürgerlichen Partei an der Regierung hätte nicht zugestanden werden können, denn das wäre dann ja wieder eine Koalition mit einer bürgerlichen Partei und keine rein sozialistische Regierung gewesen. Man hätte also der bürgerlichen Partei sagen müssen: „Die Ministerposten besetzen wir, unter den Linden dürfen wir uns nicht grüßen, aber sonst wollen wir euch schon im stillen die notwendigen Zugeständnisse machen, damit ihr uns unterstützen könnt." — Wir glauben nicht, daß die Unabhängigen beabsichtigten, mit einer bürgerlichen Partei auf dieser Grundlage zu unterhandeln. Wir würden es gewiß nicht tun, und eine bürgerliche Partei als Partner in diesem Spiel würde sich gewiß nicht finden.

Eine Regierung, die nur aus Sozialisten besteht, aber ohne bürgerliche Hilfe nicht regieren kann, wäre eben keine „rein sozialistische" Regierung. Sie würde einen Zustand vortäuschen, der nicht besteht und im Gegensatz zu Lassalles berühmter Lehre etwas aussprechen, was nicht ist. Sie würde aber allein die Verantwortung tragen, auch die Verantwortung für ihre tatsächliche Machtlosigkeit, für ihre schamhaft versteckte Abhängigkeit von den Bürgerlichen. Das heißt, sie würde für das, was getan werden muß, wie für das, was nicht getan werden kann, die Prügel einzustecken haben. Und das wäre auch der verdiente Lohn für die Anmaßung einer bloßen Scheinmacht.

Statt eine sogenannte „rein sozialistische Regierung" zu bilden, die von der Gnade einer bürgerlichen Partei abhängig wäre — vorausgesetzt, daß sie diese Gnade überhaupt fände —, ist es sicher viel richtiger, den Anhängern der sozialistischen Parteien zu sagen, daß die bestehenden Machtverhältnisse die Bildung einer rein sozialistischen Regierung ebensowenig gestatten, wie die längere Dauer einer rein bürgerlichen Regierung. Die Teilnahme der Sozialdemokratie an Regierungen, die mit bürgerlichen Parteien zusammen gebildet werden, ist daher eine gewiß wenig erfreuliche, aber nicht zu umgehende Notwendigkeit.

Die Unabhängigen haben gegen die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie einen jahrelangen erbitterten Kampf geführt. Heute sind sie selber froh darüber, daß die alte, von ihnen so scharf befehdete Koalition wiederhergestellt ist, ohne deren Wiederherstellung, so gewiß zweimal zwei vier ist, die Franzosen heute im Ruhrrevier wären.

Koalitionen haben indes den Vorzug, daß sie nicht für die Ewigkeit bestimmt sind. Das Ziel, einmal die Alleinherrschaft einer einigen starken Sozialdemokratischen Partei im Reiche herbeizuführen, besteht auch für uns. Aber dieses Ziel ist weder durch taktische Künstelei, noch durch Vergewaltigung der Tatsachen zu erreichen, sondern nur dadurch, daß man die Dinge ausreifen läßt.

Im Augenblick fehlen für eine rein sozialistische Regierung alle Voraussetzungen. Es fehlt die starke Volksmehrheit,

auf die sie sich stützen kann, es fehlt der weit ausgebreitete Pressecapparat, der sie trägt, es fehlt aber auch, offen herausgesagt, die Möglichkeit, im sozialistischen Sinne das zu leisten, was man von einer rein sozialistischen Regierung verlangen kann.

Deutschland steht unter dem allerstärksten äußeren Druck einer Allianz kapitalistischer Staaten, denen es mit unermeßlichen Beträgen als Schuldner verpflichtet ist. Die wichtigste Aufgabe einer deutschen Regierung ist es heute, für ein Kapital, dessen Größe alle Vorstellungsmöglichkeiten übertrifft, Zinsen und Tilgungsraten herbeizuschaffen. Das ist gewiß keine „rein sozialistische" Regierungsaufgabe. Hinter sie müssen aber alle anderen Aufgaben zurückgestellt werden, auch solche, die selbst von bürgerlichen Sozialpolitikern unter glücklicheren Umständen als unaufschiebbar anerkannt würden.

Nur eine völlig veränderte Weltlage könnte einer sozialistischen Regierung freie Bahn für ihre Arbeit schaffen. Könnte sie selbst eine solche Veränderung herbeiführen? In Frankreich stehen die Verhältnisse in dieser Beziehung für absehbare Zeit trostlos, auf Englands insulare Abgeschlossenheit würde Deutschlands Vorbild ohne Wirkung bleiben, in Amerika aber ist man geneigt, jeden Sozialdemokraten als einen Bolschewik anzusehen. Auch als Optimist muß man sich sagen, daß die Aufräumung des Dickicht draußen in der Welt zum mindesten jahrelange Arbeit erfordern würde. In diesen Jahren hätte die rein sozialistische Regierung sich gegen den wütenden Ansturm ihrer kapitalistischen Gegner zu behaupten und stände sie zugleich vor der Notwendigkeit, ihre Anhänger durch das Maß des Erreichten zu enttäuschen. Mit ihrem Anhang würde sie aber auch ihre Macht dahinschwinden sehen.

Bleibt also die rein sozialistische Regierung das Ziel, so gebietet doch die Aufrichtigkeit zu sagen, daß zu seiner augenblicklichen Verwirklichung alle Voraussetzungen fehlen. Soweit sie nun durch Zeitablauf und Weiterentwicklung zu erreichen sind, muß die schwere Kunst des Wartens geübt werden, soweit sie durch menschlichen Willen zu schaffen sind, müssen sie geschaffen werden. Die erste Voraussetzung aber, die durch menschlichen Willen geschaffen werden kann, ist die, Wiederherstellung einer starken, einigen Sozialdemokratie, die dem kommunistischen Wirrwarr und der Zersetzung der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet.

Wie's trefft.

Der Sozialdemokratie ist es nicht möglich, es den übrigen Parteien rechtzumachen. Tritt sie in die Regierung ein, so „drängt sie sich nach der Futterkrippe." Bleibt sie der Regierung fern, so „drückt sie sich um die Verantwortung". Von den Agitationsmethoden der Deutschnationalen ist nichts anderes zu erwarten, daß aber auch das Zentrum dieses demagogische Spiel mitmacht, muß gerade im gegenwärtigen Augenblick befremden.

Wir erwähnten schon, daß gestern der Abg. Brust im Preußischen Landtag von der „Futterkrippensehnsucht" der Sozialdemokratie sprach, er, der Vertreter einer Partei, die bisher noch in jeder Regierung seit Aufrichtung der Demokratie war.

Umgekehrt macht es die „Zentrumsparlamentskorrespondenz". In einem Artikel über die preußische Regierungsfrage schreibt diese:

„Es ist auffallend, daß die Sozialdemokratie fast ein ganzes Jahr den bürgerlichen Parteien im Reichstage die Art und Verantwortung seelenruhig überlassen hat und aus rein parteitaktischen Motiven in Opposition trat. In Preußen, wo die Sozialdemokraten durch einen Austritt aus der Regierung viel zu verlieren hatten, dachten sie im vorigen Jahre gar nicht daran, aus dem Kabinettwechsel im Reiche auch in Preußen die Konsequenzen zu ziehen. Im Reiche sich an der Arbeit und Verantwortung vorbeizudrücken, in Preußen aber herrschen!"

Der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Augenblick den Vorwurf zu machen, daß sie sich im Reich um die Verantwortung herumdrücke, zeigt ein so glänzendes Verständnis der politischen Situation, daß wir mit einigem Erstaunen fragen, welchen hervorragenden Geistern das Zentrum die Anfertigung seiner offiziösen Korrespondenz überläßt. Offenbar sind es Leute, die noch nicht einmal den Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei kennen.

Dieses Doppelspiel mit „Futterkrippe" und „Drücken um die Verantwortung" zeigt aber eins deutlich: Es gibt in den bürgerlichen Mittelparteien gewisse Leute, die meinen, die Sozialdemokratie sei zu nichts anderem da, als dort in die Regierung zu gehen, wo die Herren Bürgerlichen ohne sie nicht weiterkönnen und bescheiden abseits zu stehen, wo man zur Not auch ohne die Sozialdemokratie fertig zu werden glaubt. Wir haben schon einmal mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß für diese Magdsrolle die Sozialdemokratie sich nicht mißbrauchen lassen wird.

Max läßt sich Lump titulieren.

In der „Deutschen Zeitung" läßt deren Chefredakteur Max Maurenbrecher einen sicheren Otto von Schilling schreiben, der nach gemeinsten Beschimpfungen des Reichstages die gewohnten antisemitischen Töne bläst. An allem sei nur die Verjudung des deutschen Volkes schuld, die v. Schilling folgendermaßen schildert:

> In zäher, unermüdlicher Arbeit mußte deswegen alles daran gesetzt werden, daß keine deutsche Einigkeit zustande kam bzw. die vorhandenen Ansätze zur Einheit wieder zerstört wurden. Diese Bemühungen, deren erste unbestreitbare Errungenschaften mit dem Namen der Juden Marx und Lassalle verknüpft sind, haben im Laufe der Jahre Erfolg gezeigt, die geradezu staunenswert sind. Die 221 Reichstagsabgeordneten, die in der Nacht auf Mittwoch ihre Stimmen für das jüdische Geschäft und gegen die deutsche Ehre (wir polemisieren gegen derartige Niedrigkeiten nicht. Red. d. V.) abgegeben haben, sind ein einwandfreier Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung.

Nun aber kommt v. Schilling zu der Auffassung, daß die Schlimmsten nicht die Juden, sondern die verjudeten Deutschen seien.

> Wir wollen uns möglichst kraß ausdrücken, um unter keinen Umständen mißverstanden zu werden. Auch nach deutscher Auffassung kann es anständige, gute und ehrenhafte Juden geben, verjudete Deutsche sind jedoch immer Lumpen.

Als Urheber der deutschen Verjudung waren oben Marx und Lassalle bezeichnet worden. Nun erinnern wir uns eines gewissen Max Maurenbrecher, der nicht nur jahrelang selber die Lehren von Marx und Lassalle verkündet, sondern sogar noch als Chefredakteur der „Deutschen Zeitung" Lassalles Andenken in Ehren gehalten hat. Nach der Definition v. Schillings wäre daher Max Maurenbrecher zu den verjudeten Deutschen zu rechnen, die „immer Lumpen sind".

Daß ein Chefredakteur in seinem eigenen Blatt sich Lump titulieren läßt, dürfte ein selten dagewesenes Beispiel deutschvölkischer Ueberzeugungstreue sein. Wir gratulieren zu dieser Märtyrerin!

Studentenehre.

Das „B. T." veröffentlicht einen Prozeßbericht aus Gießen, der ein bezeichnendes Licht auf das Heldentum antisemitischer Couleur-Studenten wirft. An der Universität Gießen geben sich die deutschnationalen Verbindungen alle Mühe, ihren jüdischen Kommilitonen das Dasein zu verekeln. Bei der geringen Zahl der letzteren gehört natürlich ungeheurer Heldenmut dazu, diese bei jeder Gelegenheit zu hänseln. Setzt sich dann einer der Angegriffenen zur Wehr, dann verurteilen die Gerichte nicht etwa die Beleidiger, sondern den Juden, der seine Ehre verteidigt hat. Ein Student Falkenstein, der einer jüdischen Verbindung angehört hat, war von einem antisemitischen Studenten Otto Jung in öffentlichem Lokal wegen seines Glaubens gehänselt worden. Er forderte nach studentischer Sitte oder Unsitte den Beleidiger zum Zweikampf, dieser lehnte jedoch mit höhnischen Bemerkungen ab. Wir verurteilen das studentische Duellunwesen auf das schärfste, aber dieser Vorgang ist doch charakteristisch, weil von den Antisemiten den Juden stets der Vorwurf gemacht wird, daß sie feige wären und „kniffen". Als der Beleidigte keine Satisfaktion erhalten konnte, gab er seinem Gegner einen Schlag ins Gesicht. Darauf verurteilte ihn das Schöffengericht Gießen wegen „hinterlistigen Ueberfalls" zu vier Wochen Gefängnis! Das Landgericht kam zu der Ueberzeugung, daß ein hinterlistiger Ueberfall nicht vorliege, erkannte aber wegen einfacher Körperverletzung auf 500 M. Geldstrafe. Der beleidigte jüdische Student hat jahrelang im vordersten Schützengraben gelegen und zahlreiche Kriegsauszeichnungen erhalten. Dies war der „Dank des Vaterlandes".

In einem zweiten Fall hatten nicht weniger als fünf Burschenschafter denselben Studenten Falkenstein, als er sich in Begleitung einer Dame befand, erst öffentlich beleidigt und dann, als er sich zur Wehr setzte, so barbarisch mit Stöcken mißhandelt, daß ihm das Nasenbein zertrümmert wurde und er schwere Verletzungen erhielt. Auch in diesem Fall hatte das Schöffengericht den angegriffenen jüdischen Studenten wegen „hinterlistigen Ueberfalls" zu 250 Mark Geldstrafe, die fünf Angreifer dagegen zum Teil zu geringeren Strafen verurteilt. Das Landgericht sprach als Berufungsinstanz Falkenstein frei.

Man weiß in diesem Falle nicht, ob man mehr den Heldenmut der antisemitischen Jünglinge oder die richterliche Unbefangenheit des Schöffengerichts bewundern soll.

Deutschnationaler Telephonklatsch.

Hermann Müller schreibt uns:

„Die „Deutsche Zeitung" bringt in ihrer Nr. 215 vom 11. Mai 1921 an Stelle des Leitartikels eine Zuschrift eines Deutschösterreichers namens Luck-Lotzmann mit der fetten Ueberschrift: „Hermann Müller und der Versailler Frieden". Herr Luck-Lotzmann will im November 1919 als Mitglied einer Deputation Reichsdeutscher aus Oesterreich bei mir im Auswärtigen Amt gewesen sein. Während der Besprechung soll ich telephonisch angeblich zu Eduard Bernstein gesagt haben, daß er in London den Leuten dringend nahelegen möchte, auf eine Verfolgung der Kriegsverbrecher zu verzichten, denn sonst beginne bei uns der nationalistische Rummel und dann würden unserem Volke die Augen über die Schrecken des Versailler Vertrags aufgehen. Trotzdem Herr Luck-Lotzmann dieses angeblich von ihm aufgefangene Telephongespräch nach anderthalb Jahren wörtlich wiedergeben will, mußte ich im Interesse der Wahrheit die „Deutsche Zeitung" auf Grund des § 11 des Preßgesetzes ersuchen, festzustellen, daß die mir in den Mund gelegten angeblich an Eduard Bernstein gerichteten Ausführungen unwahr sind."

Soweit Gen. Hermann Müller. Der Blödsinn der alldeutschen Behauptung richtet sich von selbst. Die „Schrecken des Versailler Vertrags" waren im November 1919 jedem Deutschen bekannt, die angebliche Aeußerung, „dann würden unserem Volke usw." ist ganz unsinnig und entspringt alldeutscher Bierphantasie. Richtig ist von dem Ganzen nur, daß Gen. Hermann Müller als Minister des Auswärtigen den Verzicht auf die Auslieferung der Kriegsverbrecher durchgesetzt hat. Der Luck-Lotzmansche Schwindel ist der alldeutsche Dank dafür.

Wulles Schwindel.

Wie wir bereits berichteten, hatte das Abendblättchen des deutschnationalen Abgeordneten Wulle („jede Nummer ein politisches Ereignis") die Behauptung aufgestellt, daß der Chef der mecklenburgischen Sicherheitspolizei, Oberst Lange, in einer „Sitzung des Aktionsausschusses der Roten Armee" vom 27. Dezember 1920 zum Führer der Roten Armee bestellt worden sei. Diesen fetten Bissen konnte sich die volksparteiliche „Mecklenburgische Zeitung" natürlich nicht entgehen lassen. Sie muß nun folgende Erklärung des Obersten Lange bringen:

> Mir ist von der ganzen Angelegenheit nicht das geringste bekannt, irgendwelche Beziehungen zu jenen Kreisen habe ich nicht. Das Ministerium hat die nötigen Schritte zur Aufklärung eingeleitet und wird das Ergebnis der Oeffentlichkeit mitteilen.
>
> Lange, Oberst der Ordnungspolizei.

Bei der ganzen Geschichte handelt es sich offenbar um bestellte Arbeit reaktionärer mecklenburgischer Kreise, die die Sache in das Blatt des Herrn Wulle lanciert haben, um sie nachher in Mecklenburg als „Neuestes aus Berlin" ohne eigene Verantwortung verbreiten zu können. Die schmierigsten Mittel sind der deutschnationalen Verleumderbande eben recht.

Schlagfertigkeit.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Redner: In dieser wichtigen Frage — —

Zwischenrufer: — — will heutzutage jeder Esel sprechen!

Zurufe: Unerhört! — Nicht gefallen lassen! — Schmeißt den Kerl raus!

Redner: Wenn ich recht gesehen habe, dann ist der Herr, der diesen Zwischenruf machte, derselbe Herr, der sich als zweiter Redner an der Aussprache beteiligte?

Zurufe: Jawohl!

Redner: Da ich in der Frage, über die ich mich in meinem Vortrag verbreitet habe und zu der ich mir im Schlußwort noch einige Bemerkungen gestatten möchte, Fachmann bin, kann ich den Ausdruck Esel nicht auf mich beziehen.

Zurufe: Man hat Sie aber damit gemeint!

Redner: Das glaube ich nicht. Sie haben doch meine Ausführungen gehört und wohl bemerkt — ich will durchaus nicht protzen —, daß ich von der Sache etwas verstehe.

Zurufe: Allerdings!

Redner: Der Herr Zwischenrufer hat aber, als er sich an der Aussprache beteiligte, nicht gerade bewiesen, daß er von der Sache viel versteht.

Zurufe: Gar nichts versteht er! — Das war großer Quatsch!

Redner: Da kann ich seinen Zwischenruf, in dieser wichtigen Frage wolle jeder Esel mitsprechen, nicht anders auffassen, als ein — Selbstbekenntnis! (Große Heiterkeit.)

Goethe-Sabotage. In der guten alten Zeit vor dem Weltkriege stellte einst ein Gymnasiallehrer seinen Obersekundanern das Aufsatzthema zur Behandlung: „Ueber die Beinstellung der Hohenzollern in der Siegesalle." Das wurde ruchbar, die Presse aller Richtungen brach über diese Ausgeburt oberlehrerhafter Themenschöpfung in ein schallendes Gelächter aus. Auch die vorgesetzte Schulbehörde fühlte sich veranlaßt, jenen Sekundaherrscher auf das Ungeeignete des von ihm phantasiereich erdachten Themas zu verweisen. Es gab wohl eine kleine Nase.

Die — sagen wir — Eigenart der Herren, die an unseren Gymnasien die Themen der Aufsätze zu geben beruflich beflissen sind, scheint jedoch keine Einbuße gelitten zu haben. Vor wenigen Wochen wurde an einem Berliner Gymnasium bei der Abiturientenprüfung das Thema zur Behandlung gestellt: „Goethe als Nachahmer der Griechen im Epos und Drama."

Goethe als Nachahmer! Wir hatten bisher angenommen, daß Goethe ein „Eigener" war. Möglich wäre es ja allerdings, daß der Themensteller hier unter „Nachahmung" lediglich den Einfluß des Griechentums auf Goethe und sein Schaffen meinte. Aber hätte sich denn nicht eine geschicktere Fassung des Themas finden lassen? Ueberdies — einer der Examinanden, der das gestellte Thema in jenem Sinne behandelte, der also unter „Nachahmung" nur die Einwirkung griechischen Geistes auf Goethes Schaffen verstand und in diesem Sinne das Thema ausführte, erhielt für seinen Aufsatz eine sehr mangelhafte Note und überdies die Bemerkung: „Thema falsch aufgefaßt!" Demnach scheint man an jener Lehranstalt Goethe tatsächlich nur als „Nachahmer" werten zu wollen.

Diese bemerkenswerte Auffassung der gymnasialen Literaturlehrer eröffnet interessante Ausblicke. Vielleicht wird demnächst in einem Abiturientenaufsatz auch einmal „Schiller als Geschichtsfälscher" unter die kritische Lupe genommen, weil er die Jungfrau von Orleans eines ganz anderen Todes sterben läßt, als die Geschichte zu berichten weiß; vielleicht auch „Schiller als Verherrlicher des Beamtenmordes" (siehe Wilhelm Tell), oder „Lessing als verrohter Kritiker" usw. Bemerkenswerterweise hat auch das Provinzial-Schulkollegium, dem die Themen der Abiturientenaufsätze zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt werden müssen, sich mit jenem Thema und dessen eigenartiger Fassung einverstanden erklärt.

Meine Herren Oberlehrer, Studien- und sonstige Räte! Unsere Klassiker und die erfreuliche Schätzung, die diese trotz des Weltkrieges noch immer in der Welt genießen, gehören zu dem Wenigen, das uns noch geblieben ist. Sie sehen Ihre Aufgabe zweifellos nicht darin, diesen Schatz zu mindern. Bitte keine Klassikersabotage! W.—Fr.

Sebastian Kneipp. Wenn Professor Jäger, der Stuttgarter Wollapostel, den Grundsatz: „Wer weise, wählt Wolle" zum Dogma einer die Menschheit beglückenden neuen Heilslehre erhob, so hat Sebastian Kneipp, der heilkundige Pfarrer von Wörishofen, dessen Geburtstag sich am 17. Mai zum hundertsten Male jährt, die leidende Menschheit zum Barfußgehen im Grase bekehrt, wie es früher besonders am Walpurgistage von Gelähmten geübt wurde. Sebastian Kneipp, in Stefansried bei Ottobeuren in Bayern geboren, hatte das Weberhandwerk erlernt und auch bis zu seinem 21. Lebensjahr ausgeübt. Erst dann entschloß er sich zum Studium der katholischen Theologie, dem er in Dillingen und München oblag. In der Studienzeit war er durch eine persönliche Erkrankung zu seinem Verfahren der Wasserbehandlung geführt worden, dessen am eigenen Körper erprobte Wirkung er dann auch bei der Behandlung anderer bestätigt fand. Der Erfolg ermutigte ihn, sein Verfahren zu einem System auszubauen, das er in seinen oft aufgelegten und in viele Sprachen übersetzten Hauptwerken „Meine Wasserkur" und „So sollt ihr leben" ausführlich beschrieben hat. Daneben trat Pfarrer Kneipp auch für den Ersatz des seiner Meinung nach sehr schädlichen Kaffees durch ein von ihm hergestelltes Surrogat ein, das aus mit Zucker überzogener, schwach gemälzter und mäßig gebrannter Gerste besteht. Kneipp starb in Wörishofen am 17. Juni 1897.

Drahtloses Ferngespräch. Ein sehr interessanter Versuch auf dem Gebiete der drahtlosen Telephonie wurde unter Mitwirkung der Marconi-Gesellschaft zwischen Santos und Southwark gemacht. Zwei Journalisten hielten ein Gespräch von 50 Minuten miteinander und konnten sich vorzüglich verständigen. Das Experiment wurde auf eine Entfernung von 125 Seemeilen unternommen.

Eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Kunstakademie und Kunstgewerbeschule soll nach den Entschließungen einer Länderkonferenz der deutschen Ministerialreferenten angestrebt werden. Eine solche Arbeitsgemeinschaft entspricht den Reformplänen, wie sie Geh.-Rat Waetzoldt vom Preußischen Kultusministerium in seiner bekannten Denkschrift entwickelt hat, und die wird nach einer Erklärung des bayerischen Kunstreferenten im Münchener Landtagsausschuß nun auch dort durchgeführt werden. Hoffentlich führt das zu einer Erneuerung der Münchener Kunstakademie, deren Rückständigkeit zu einer Zeit, wo an den anderen deutschen Kunsthochschulen erfreulich reges neues Leben eingezogen ist, nicht gerade im Interesse der Entwicklung Münchens als Kunststadt liegt.

Was die Entdeckung Kanadas kostete. Man kann nicht behaupten, daß die Entdeckung der Neuen Welt sonderlich kostspielig gewesen wäre. Was Amerika anbetrifft, so wissen wir, das Columbus' Entdeckungsfahrt Spanien genau 1 140 000 Maravedis gekostet hat, was nach unserem Gelde einen Betrag von etwa 45 000 Goldmark ausmacht. Aber dieser Betrag muß noch hoch genannt werden im Vergleich zu den Kosten, die die Entdeckung von Kanada verursachte. Kanada wurde von dem Genuesen Giovanni Caboto entdeckt, der im Juni 1497 mit vier englischen Schiffen auf einer vom König Heinrich VII. von England ausgerüsteten Entdeckungsreise nach der Halbinsel Labrador gekommen war. In den Rechnungsaufstellungen des Königs Heinrich VII. von England, mit dem das Haus Tudor den englischen Königsthron bestieg, findet sich unter dem Datum des 10. August 1498 die folgende Eintragung: „Eine Belohnung von 10 Pfund Sterling demjenigen gezahlt, der die neue Insel (!) entdeckte." Aber auch dieser bescheidene Betrag dürfte dem König noch als verlorenes Geld erschienen sein; denn weder Cabota, der erste Entdecker des Landes, noch die Spanier, die bald darauf nach Kanada gelangten, hatten auf das rauhe Land irgendwelchen Zweck und Wert gelegt. Nach dem ihre Enttäuschung kennzeichnenden Ausruf der landenden Spanier: „Aca nada" (Hier ist nichts zu holen) soll ja das Land auch einen Namen erhalten haben.

Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger. Am 1. und 2. Pfingstfeiertag billige Nachmittagsvorstellungen: „Der Herr Senator" zugunsten ihrer engagementslosen Mitglieder im Walhallatheater am Weinbergsweg.

Deutsches Opernhaus. Freitag Parsifal. Parsifal: Paul Hansen als Gast.

Die Schwarz-Weiß-Ausstellung der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, mit den Sonderausstellungen von Max Klinger und Adolf von Hildebrand ist an beiden Pfingstfeiertagen von 10—5 Uhr am Pfingstsonnabend von 10—1 Uhr geöffnet.

Volkshochschule Groß-Berlin. (Arbeitsstätte Neukölln.) Der Unterricht des Kursus Marx „Kapital" fällt am Sonnabend, den 14. d. Mts., aus.

Luxussteuer und Ausfuhrabgaben. Der Vorstand des Deutschen Werkbundes hat jetzt an die Reichsbehörden den Antrag gerichtet, die erhöhte Umsatzsteuer auf sog. Luxuserzeugnisse während der Zeit der neuen Ententemaßnahmen gegen unsere Ausfuhr zu suspendieren, um damit durch den Fortfall des Exportes die „Luxusproduktion" im Inland zu stärken und den Käufern in dieser Zwischenzeit einen Anreiz zu geben.

Entente gegen Interalliierte Kommission.

Die „Frankfurter Zeitung", die „Vossische Zeitung" und das polnische Sozialistenorgan „Robotnik" veröffentlichen eine Note des Obersten Rates in Paris an die polnische Regierung, die bisher weder in England noch in Frankreich bekanntgegeben worden ist. Diese Note wendet sich in sehr scharfer Tonart gegen die polnische Regierung, deren Neutralität in der oberschlesischen Frage mit deren Verhalten im polnischen Aufstand nicht über allen Zweifel erhaben sei. Diese Note ist in mehr als einer Hinsicht interessant. Es heißt da, die Alliierten hätten wiederholt die Abberufung Korfantys wegen der Art seiner Agitation erwogen, die polnische Regierung habe ihn aber stets gedeckt und damit sich zu seinem Mitschuldigen gemacht. Die Alliierten erklären darin ferner ausdrücklich, sie könnten keinerlei vollzogene Tatsachen anerkennen. Beschlüsse über Oberschlesien seien bisher nicht gefaßt worden. Mit völliger Handlungsfreiheit werde die Anwendung des betreffenden Artikels des Versailler Vertrages erfolgen.

Vergleicht man Tonart und Inhalt dieser Note mit dem Abkommen zwischen der Oppelner IK. und Korfanty, so muß man das Verhalten der Interalliierten Kommission als schallende Ohrfeige für den Obersten Rat empfinden. Die IK. hat Korfanty gedeckt, hat ihm Zugeständnisse schwerwiegendster Art und sich selbst also ebenso gut wie die polnische Regierung zu seinem „Mitschuldigen" gemacht. Der Oberste Rat, als Vollzugsorgan der Entente, erklärt, keinerlei vollendete Tatsachen anerkennen zu können, die Interalliierte Kommission in Oppeln hingegen, das Vollzugsorgan des Obersten Rats, erkennt diese vollendeten Tatsachen an. Angesichts dieser Sachlage muß man sich fragen, ob der Entente und ihren Organen keine Mittel zur Verfügung stehen, eine ihrem Ansehen würdige Lösung zu finden. In England und Italien ist man sich im klaren darüber, daß man das Wort, das man Deutschland vor Annahme des Ultimatums über einen rechtlichen Entscheid in Oberschlesien gab, auch zur Tat werden lassen muß. „Petit Parisien" bereitet darauf vor, daß Frankreich in dieser Hinsicht bei den anderen Verbündeten diesmal auf einen festen Willen stoßen werde. Hoffen wir, daß er sich nicht täuscht und daß man dem fair play, der Politik des Anstands, auf deutscher Seite von der anderen Seite ebenso antwortet.

Lagebericht.

Hindenburg, 11. Mai. (WTB.) Die Polen haben das Hauptviertel des Ortes räumen müssen. Die Insurgenten haben Pleß nur zwei Stunden besetzt gehalten. Die Stadt ist in den Händen der Italiener. Der seit vorgestern wiederaufgenommene Straßenbahnverkehr zwischen Beuthen und Kattowitz ist heute nachmittag abermals eingestellt worden, weil die Insurgenten in der Gegend von Hohenlinde einen Schaffner verhaftet und den Wagenführer bedroht haben.

Flüchtende Polen.

Beuthen, 12. Mai. (TU.) Bankdirektor Orletzki, der polnische Plebiszitkommissar für Gleiwitz, ist mit seiner Familie geflüchtet. Ebenso ist der Redakteur Peter Pronobis, der Leiter der „Oberschlesischen Grenzzeitung", nach Polen geflüchtet.

Anfragen.

London, 12. Mai. (WTB.) Unterhaus. Auf die Anfrage Bottomleys, ob im Hinblick auf die Mitteilung Lloyd Georges von der Annahme des Ultimatums durch die deutsche Regierung das deutsche Reparationsgesetz aufgehoben werde, antwortete Lloyd George verneinend.

Paris, 12. Mai. (WTB.) Peyroux hat in der Kammer eine Interpellation eingebracht, in der die Regierung gefragt wird, wie sie die Zahlung der deutschen Schuld nach dem Londoner Abkommen sicherzustellen gedenke.

Groß-Berlin

Das blaue Treptow.

Man hält es einfach gar nicht für möglich, daß sich so etwas ereignen konnte. Wie konnte das nur geschehen? In dem harmlosen Treptow! Und kein Mensch scheint es zu sehen, keiner zu beachten. Es ist vielleicht schon lange da. Dennoch aber ist es ganz ungewöhnlich, ganz neu für den, der zum erstenmal nach Treptow hinausfährt.

Also, Sie kennen doch auf den Bahnhöfen der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen die Stationsschilder? Z. B.: Frankfurter Allee oder Steglitz oder Pankow? Große lange weiße (d. h. mehr oder minder weiße) Tafeln, auf denen in schwarzer kalter lateinischer Schrift der Name des Bahnhofes steht. So ist das nun schon seit undenklichen Zeiten, nicht wahr? Schwarz auf weiß, sozusagen die preußischen Farben.

Wennste nun aber nach Treptow fährst, da staunste! Auf dem Bahnhof in Treptow hat siegreich die neue Zeit ihren Einzug gehalten. Auf dem Bahnhof in Treptow sieht man hübsch braungelb getönte Schilder, auf denen in schöner, wunderschöner blauer Farbe prangt: Treptow. Jawohl, Treptow an der Spree ist gemeint, nicht etwa Treptow an der Rega.

Ein blaues Treptow auf gelbbraunem Grund, das wirkt zuerst ganz überraschend, dann aber so gemütlich und anheimelnd, daß man versucht ist, zu dem Stationsvorsteher zu gehen und vertraulich zu fragen: „Sagen Sie mir doch, liebster Stationsvorsteher, ist dies wirklich unser altes gutes Treptow?", worauf man die ebenso freundliche und herzliche Antwort erwartet: „Aber natürlich, mein Bester, ist dies unser liebes Treptow. Nicht wahr, wie hübsch sich die neuen farbigen Schilder machen?" In dieser in unserem heutigen Berlin zwischen Publikum und Beamten üblichen höflichen Unterhaltung fährt man noch eine Weile fort, bis einem der liebenswürdige Mann erklärt, daß er leider die genußreiche Plauderei abbrechen müsse, weil gerade der Zug eingelaufen sei, den er abfertigen müsse. Worauf man, entzückt über die Leutseligkeit, dem Herrn eine Zigarre offeriert in dem durch nichts zu übertreffenden ruhigen Bewußtsein, daß man damit keine Beamtenbestechung begehe.

Und wenn man nun in Treptow aussteigt und nicht sogleich in den Park pedaliert, sondern erst einmal auf die große Spreebrücke, dann wird man gewahr, daß die Spree an schönen Sonnentagen auch ein schönes blaues Kleid trägt, so schön zum Verlieben. Die Ruderer, Segler und Schwimmer kennen das. Geht man aber zum Park zurück, ist überall ein reiches Prangen in grün, durch das man beschwingt fortschreitet, bis zu jenen Stätten der Freude und der Lust, die Treptow für die lebenslustigen Berliner bereit hat. Und da soll es schon vorgekommen sein, daß — natürlich ganz selten, ganz ausnahmsweise — einer am Abend zurückgekommen ist, dem man selbst im ungewissen Licht der Laternen von weitem ansah, daß er — blau war, so blau wie die Schildaufschrift auf dem Bahnhof in Treptow.

Raubmord auf offener Straße.

Der Inhaber des Cafés „International" in der Großen Frankfurter Straße, Max Belitz, geriet, als er sich mit seiner Braut und einigen Bekannten auf dem Wege nach seiner Wohnung in der Koppenstraße befand, mit mehreren noch unbekannten Personen in einen Streit, in dessen Verlauf die Männer über ihn herfielen und ihm zwei Messerstiche in den Kopf versetzten. Einer der Täter raubte ihm bei dieser Gelegenheit seine Brieftasche, die für 100 000 Mark 50-, 100- und 1000-Markscheine enthielt. Die Verbrecher ergriffen alsdann die Flucht. Straßenpassanten brachten den Ueberfallenen nach der Rettungswache in der Holzmarktstraße, wo aber nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Von den Tätern fehlt noch jede Spur. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei, daß es sich hier um ein geplantes Verbrechen handelt, erließ der Polizeipräsident eine amtliche Bekanntmachung, in der

5000 M. Belohnung

zur Ergreifung des Täters festgesetzt werden. Derselbe wird wie folgt beschrieben: 1,70 bis 1,80 Meter groß, rundes, volles Gesicht, englisch gestutzten, schwarzen Schnurrbart, hellgrauen Anzug, weichen Umlegekragen mit schwarzer Schleife, weicher, dunkler Hut.

Sachdienliche Mitteilungen sind zu richten an die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei, Kriminalkommissare Dr. Riemann und Werneburg im Zimmer 26 des Berliner Polizeipräsidiums, Hausanruf 413 und 415. — Mitteilungen werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Zum Raubmord bei Strausberg.

Der Lokaltermin zur Aufklärung des Verbrechens im Walde von Wesendahl und die Obduktion der Leiche des Erschossenen, die gestern stattfanden, haben die volle Gewißheit gebracht, daß es sich hier um einen wohlüberlegten und planmäßig durchgeführten Raubmord handelt. Auch das letzte „Geständnis" des Täters ist dadurch widerlegt worden. Die Obduktion hat ergeben, daß alle Schüsse sofort tödlich waren. Werner hat, als er von den Kugeln getroffen wurde, zweifellos sofort die Besinnung verloren. Die Angaben des Täters, daß er noch ungefähr eine Stunde bei dem Schwerverwundeten gesessen und sich um ihn bemüht habe, sind damit hinfällig. Auch der Lokaltermin, bei dem der Täter zugegen war, ergab die Haltlosigkeit seiner Behauptungen. Als Max Rehde nach Wesendahl gebracht wurde, erkannten die Bewohner in ihm einen Mann, der eine Zeitlang fast täglich in der dortigen Gegend sich aufgehalten hatte, um Lebensmittel aller Art zu hamstern. Er ist wahrscheinlich nicht von Werner, wie er angibt, nach der dortigen Gegend herausgelockt worden, sondern er hat ihn überredet, mit ihm dort Drahtdiebstähle auszuführen. Beide haben sich dann längere Zeit im Walde aufgehalten und Max Rehde hat sich dann entfernt, angeblich um nachzusehen, ob der Ort schon völlig im Dunkeln liege. In Wirklichkeit hat er sich aber wieder nach dem Platz, wo Werner saß, zurückgeschlichen und ihn dann hinterrücks erschossen und sodann die Uhr nebst Kette und die Brieftasche, die nach seinem jetzigen Geständnis 500 M. enthalten hatte, geraubt. Sein Bruder Emil Rehde ist Mitwisser des Verbrechens. Er hatte mit ihm am Freitag voriger Woche, als er mit ihm zusammen auf dem Felde bei Fredersdorf war, von seinem Plane gesprochen und ihm auch die Schußwaffe gezeigt, die er dort ausprobierte. Er hatte seinen Bruder auch zu überreden gewußt, mit ihm zusammen den Raubmord auszuführen. Verabredungsgemäß wollten sich beide auf dem Bahnhof Fredersdorf treffen, um zusammen mit Werner hinauszufahren. Emil Rehde wartet dort auch auf seinen Bruder, doch kam dieser mit dem Zuge nicht an. Emil ging nun nach Hause, in der Meinung, daß Max von seinem Vorhaben abgesehen habe. In Wirklichkeit hatte er aber mit Werner einen späteren Zug benutzt und war mit ihm allein in den Wald gefahren. Am Tage nach dem Morde hat er dann seinen Bruder Emil in dessen Wohnung aufgesucht und ihm gesagt, daß die Sache erledigt sei. Beide begaben sich dann zunächst in eine Wirtschaft und auf dem Wege dorthin erhielt Emil Rehde von seinem Bruder 50 M. von dem geraubten Gelde. Dann gab er ihm auch noch die Brieftasche und die restlichen 10 Patronen, damit er diese vergrabe. Beide verkauften dann gemeinsam die Uhr und den Handwagen und von dem Erlös erhielt Emil Rehde wieder 70 M. ab. Beide Verhafteten werden heute dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Folgen einer Fabrikbesetzung.

Unter der Anklage schweren Landfriedensbruches.

In die Schraubenfabrik von Gustav Sternberg waren am 29. März einige Leute eingedrungen, um die Niederlegung der Arbeit zu erzwingen. Sie hatten jedoch zunächst keinen Erfolg. Am Nachmittag verlangten zwei Mann den Betriebsrat zu sprechen, und als der Pförtner sie zurückwies, drangen etwa ein Dutzend Menschen in den Hof hinein. Die sich nun abspielenden Szenen führten den Arbeiter Behr wegen schweren Landfriedensbruchs vor das Gericht.

Behr kam zu dieser Zeit aus einer benachbarten Fabrik zufällig vorüber. Er will gehört haben, wie der Chef sich äußerte, „man müßte diese Arbeitslosen verhaften lassen", was ihn so empört habe, daß er mit den Worten: „Was willst Du, Du Schweinehund?" sich der Menge anschloß, auf Sternberg eindrang und ihn ins Gesicht schlug. Der immer größer werdende Lärm lockte den Buchhalter Leitloch herbei, dem es sehr schlecht erging. Man fiel über ihn her, riß ihn zu Boden und trampelte mit den Füßen auf ihn herum, so daß er recht schwere Verletzungen davontrug. Er rettete sich schließlich in sein Bureau und gab einen Schreckschuß ab, der den Erfolg hatte, daß die Eindringlinge schleunigst entflohen. Der Angeklagte soll nach dem Zeugnis mehrerer Zeugen bei diesem Exzeß eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben. Er bestritt dies entschieden und behauptete, daß er selbst mit einem Gummischlauch geschlagen worden sei. Der Gerichtshof kam auf Grund der Beweisaufnahme zur Bejahung der Schuldfrage, bewilligte dem Angeklagten mit Rücksicht auf seine Jugend und seinen offenbar aufbrausenden Charakter mildernde Umstände und verurteilte ihn zu einem Jahr Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Schüsse auf einen Vorortzug. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß auf Vorortzüge geschossen wird. Als sich gestern nachmittag um 5.20 Uhr der Vorortzug 2508 auf der Fahrt zwischen dem Bahnhof Rummelsburg und dem Betriebsbahnhof befand, wurde von dem Laubengelände her auf den Zug, der dicht besetzt war, ein Schuß abgegeben. Die Kugel durchschlug die Scheibe eines Abteils, ohne daß jedoch einer der Fahrgäste verletzt wurde. Der Anschlag wurde sofort der Polizei gemeldet und Beamte der Schutz- und der Kriminalpolizei suchten sofort das Laubengelände ab, ohne jedoch von dem Schützen eine Spur zu finden. Die weiteren Nachforschungen sind noch nicht abgeschlossen.

Psychopathenfürsorge in Charlottenburg. Den Abschluß der vom Charlottenburger Jugendamt veranstalteten Vortragsfolge über Psychopathenfürsorge bildete die gestrige Besichtigung des Wilhelmstiftes in Potsdam. Der Leiter der Anstalt, Direktor Dr. Kluge, und seine Aerzte führten die Teilnehmer durch das mustergültige Stift und dessen Abteilungen „Bethlehemstiftung" und „Helenenhof". Die gutgenährten, sonnengebräunten Zöglinge, ihr munteres Spiel, ihr frisches, freies Auftreten ließen erkennen, daß der Direktor mit seinem Wahlspruch „Die Arbeit ist unser Sport" auf dem rechten Wege ist, aus diesen psychopathischen Kindern durch fröhliche, ihren Kräften und Neigungen angepaßte Arbeit in den Werkstätten, in Garten, Haus- und Landwirtschaft lebensfrohe und vollwertige Mitglieder unseres Volkes zu schaffen.

Die Reklamehaltestellen. Die Straßenbahn hat die Absicht, durch Ausgestaltung der Haltestellenanzeiger Reklameflächen zu schaffen, um einerseits aus ihrer Vermietung eine neue Einnahme zu erzielen, andererseits aber auch die Abfertigung der Fahrgäste an den Haltestellen zu beschleunigen und das Auffinden der Haltestellen zu erleichtern. Zur Ausgestaltung sind eine Reihe von Entwürfen aufgestellt worden, die von den Vertretern der Aufsichtsbehörden, Polizei und Eisenbahn besichtigt und begutachtet worden sind. Nur drei von den neun Entwürfe entsprechen etwa den Wünschen dieser Behörden. Aus diesen drei Entwürfen wird jetzt ein Einheitstyp herausgebildet, der späterhin zur Einführung als Haltestelle gelangen soll. Die Verwendung der bisher aufgestellten Muster zu Reklamezwecken ist, wie wir hören, seitens der Polizei bis zur endgültigen Regelung der Haltestellenfrage verboten worden. Daher werden die Entwürfe für die neue Einheitshaltestelle nunmehr beschleunigt fertiggestellt, die bereits in den nächsten Tagen zur Begutachtung vorgelegt werden sollen.

In der Humboldt-Hochschule beginnen nach Pfingsten einige neue Vorlesungen u. a. J. Bab: Bücher und Bühne des Tages, Genthiner Straße 13. Donnerstags 11—12½. Beg. 19. Mai. Dr. E. Cohn-Wiener: Studienfahrten zu deutschen Kunststätten, Kochstraße 66. Donnerstags 7½—9. 19. Mai. Max Deri: Praktische Folgerungen aus der Diesseits-Einstellung. Dienstags 7½—9. Beg. 17. Mai. Lützowstr. 84 d. Prof. Dr. H. Fischer: Führungen durch Groß-Berlin. Sonnabend, 28. Mai, 8—9½, Georgenstraße 30/31. — Karten und Programme in Buchhandlungen, Theaterkassen und vor den Vorlesungen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Potsdam. Sonnabend abend 7 Uhr bei Benecke, Elisabethstraße. Funktionärsitzung.
1. Pfingstfeiertag Ausflug des Wahlvereins nach Wannsee unter Führung einer Musikkapelle. Treffpunkt morgens 6 Uhr Brandenburger Tor oder ½7 Uhr Eingang Neuer Garten, Eisenhardtstraße. Bei Regenwetter fällt der Ausflug aus.

Wirtschaft

Deutsche Kohlen nach England?

Von England kommen wiederholt Nachrichten herüber und finden Eingang in die deutsche Presse, laut welchen zurzeit deutsche Kohle auf dem englischen Markt erscheint. Diese Meldungen werden auf das britische Bedürfnis zurückzuführen sein, den englischen Bergarbeitern klarzumachen, daß ihr Streik nutzlos ist, da die billige ausländische Kohle in die Bresche springt. Wie die „Dena" von zuständiger Seite erfährt, ist der Reichskohlenkommissar diesen Nachrichten sorgfältig nachgegangen und zu folgenden Feststellungen gelangt:

Die Ausfuhr deutscher Kohlen ist bekanntlich genehmigungspflichtig. Zur Kenntnis des Kohlenkommissars kam ein Fall, in welchem Briketts, die von einer deutschen Firma aus englischen Feinkohlen (und zwar nicht in Lohnarbeit) hergestellt worden waren, dann wieder nach England ausgeführt werden sollten. Es ist möglich, daß diese Kohle, bevor der Antrag zur Ausfuhrgenehmigung eingereicht war, in England angeboten worden ist. Im vorliegenden Falle wurde indessen dieser Antrag vom Kohlenkommissar abgelehnt, und die Ausfuhr ist nicht erfolgt.

In einem anderen Falle kamen Saar-Kohlen (die Frankreich vertreibt) in Frage, die zur Ausfuhr nach England bestimmt waren. Da es sich hierbei lediglich um eine Durchfuhr handelte, konnte der Kohlenkommissar nicht eingreifen. Aber auch hier ist es nach seinen Feststellungen nicht zur Ausfuhr nach England gekommen, da die fragliche Saarkohlenpartie zur Versorgung ausländischer Dampfer im Freihafengebiet Hamburg herangezogen wurde.

Selbstverständlich werden weder für Ruhrkohle noch für andere deutsche Kohle Ausfuhrgenehmigungen nach England erteilt; sie verbieten sich angesichts der drückenden Pflichtlieferungen an die Entente und des dadurch hervorgerufenen Kohlenmangels in Deutschland. Viel eher ist indessen anzunehmen, daß deutsche Reparationskohle aus dem bekannten Ueberfluß Frankreichs und Belgiens nach England angeboten werden mag. Dafür kann die deutsche Kohlenwirtschaft natürlich nicht verantwortlich gemacht werden.

Wie das „B. T." meldet, hat die französische Regierung in der Vorwoche die Ausfuhr von täglich 10—15 000 Feinkohlen und kleiner Würfelkohlen französischer Förderung nach England gestattet, wie sie ferner 200 000 Tonnen Kohlen monatlich nach Oesterreich liefert und kürzlich 80 000 Tonnen deutsche Kohle wieder nach Holland verkauft hat.

Der Abtransport der Ruhrkohlen hat sich in der vergangenen Woche wieder günstiger gestaltet. Die Lagerbestände an Kohlen, Koks und Briketts haben in der vergangenen Woche eine Verringerung um etwa 55 000 Tonnen, nämlich auf 371 093 Tonnen erfahren.

Gewinn-Auszug

der

17. Preuß.-Südd. (243. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 4. Ziehungstag. 11. Mai 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

2 zu 15000 M 119359
2 zu 5000 M 221536
84 zu 3000 M 2421 4717 6388 10069 14354 19767 24890 25824 28635 31596 36287 52541 55303 55461 57317 57683 59463 60533 61522 70766 79058 83993 84567 85864 91901 97111 106403 116864 122649 124054 127671 127685 132533 134178 137316 137983 148136 166718 172189 174103 190448 191156 199140 203069 207868 215043 228984
176 zu 1000 M 190 435 4868 5049 7638 8769 8969 18889 21534 24188 30858 36794 36597 41625 44038 46678 48706 49543 51416 51747 57670 58998 60316 69633 72092 72092 74159 76654 87280 88689 88800 89013 94643 94852 102311 108705 111456 113328 123410 143413 141748 146693 148246 149140 157580 159267 162634 163364 164664 168556 171839 173474 176630 179441 180220 182917 183712 187242 189509 190139 192138 192218 196858 196991 197894 199902 202522 205716 207427 209498 213618 213563 214414 220016 221538 223040 228212 229233 229571 229612 230557 230736 231159 231440 231699 234607 236983 237853
228 zu 500 M 265 1598 2067 6283 7455 8608 8890 8958 12169 13237 15483 15506 17163 22183 24324 24580 28438 32883 33460 38457 38710 38537 40700 40640 42470 46072 47279 47823 59755 61858 62442 63017 65798 66061 64772 66745 67564 68276 75624 76184 76663 77834 81760 84044 84551 86470 91258 91945 92195 98588 98595 100909 105081 105765 106842 112138 116539 116592 122015 122705 123779 126338 126991 127684 127695 128014 132737 134219 137101 139938 140773 144963 150095 151115 152772 155718 158463 161130 162209 162851 166466 170164 174010 174759 177625 181665 182463 186984 189416 189948 196609 199237 199749 194215 196503 197286 202104 202258 205867 206117 210916 211107 213491 215521 218569 [illegible] 226183 226351 226879 229583 230684 232344 234061 236350

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 Mark gezogen.

2 zu 100000 M 168767
2 zu 15000 M 38838
10 zu 10000 M 57246 118275 121653 134489 214954
12 zu 5000 M 19146 22073 51205 83092 191791 221119
98 zu 3000 M 14839 16210 26605 28587 33430 39184 48287 48501 54455 58556 61254 64626 71246 81538 95010 98906 100299 100957 103085 105207 111856 117392 118047 125048 131948 119542 129843 134752 150484 159652 164266 168226 172833 174744 178420 180468 185088 186865 196718 201703 203738 206732 207402 214349 216053 219664 221601 226092 237279
188 zu 1000 M 8163 9940 10890 18065 24723 28452 28777 31974 34964 36420 39920 41099 41571 42200 43942 46238 48280 50198 50473 51916 53373 54864 54881 60860 61282 62702 66929 67277 68845 79132 78455 77099 88802 95408 96393 99416 105512 106878 107218 114654 117503 121597 123803 123977 124088 124746 126412 126730 127389 128186 134117 135041 140640 142397 144084 146803 154619 159822 161955 162843 165098 166838 167387 170063 170516 171964 173468 176788 180967 181657 190122 193007 194351 196816 197114 197342 205808 206608 207548 207947 208485 211619 212544 212720 216345 222360 222487 223846 224072 224776 228238 231493 236909
240 zu 500 M 308 1180 1274 2587 4896 8768 13038 13657 14683 15340 16186 16408 16936 21581 25188 25291 26193 28181 29419 31822 32389 32606 33104 37468 40164 41520 43817 43812 46083 46896 46968 48694 52864 52457 53063 54650 54117 56568 57138 60124 60861 62760 63983 66571 69072 72917 78524 84011 84511 86083 95773 99246 99394 101932 106633 106879 108603 111600 116060 118851 118420 119101 120800 121111 123923 124168 124 [illegible] 124920 125740 127480 127718 129904 132571 132590 137088 144779 145328 147770 149004 152489 153025 160098 163762 164849 167354 169666 170087 171973 174953 175122 175675 177264 180048 182453 186976 187721 188791 190557 192705 196918 199891 202504 204470 204538 206482 206781 208457 212596 213627 218678 221580 224089 220442 227539 232066 233967 234107 234290 235318 239920

Gewerkschaftsbewegung

Der Arbeitsnachweis im Filmgewerbe.

Eine stark besuchte Versammlung der im Filmgewerbe beschäftigten Kräfte tagte am Mittwoch, um zur Frage des Arbeitsnachweises Stellung zu nehmen. Bieder führte aus, daß die Filmdarsteller schon lange für die Schaffung eines Arbeitsnachweises auf paritätischer Grundlage unter Leitung der Stadt Berlin kämpfen. Alle Bemühungen waren aber bisher ohne Erfolg. Das negative Ergebnis sei insbesondere auf das Verhalten des Dr. jur. Friedmann zurückzuführen, der den Verband der deutschen Filmindustriellen und den Verein der deutschen Filmfabrikanten als Generalsekretär vertrete. Soweit bekannt, dürfte aber nur ein Teil der in Frage kommenden Firmen den genannten Vereinigungen angehören. Sobald eine Gelegenheit bestand, mit den Arbeitgebern direkt zu verhandeln, wurden hinsichtlich der Verständigung gute Resultate erreicht, wenn aber Dr. Friedmann allein erschien, konnte ein wünschenswerter Fortschritt zur Einigung nicht erzielt werden.

In welcher Weise Dr. Friedmann tätig ist, dürfte — so erklärte der Redner — aus folgenden Vorgängen zu erkennen sein. Am 11. April sollte eine Besprechung mit den Arbeitgebern unter Leitung Dr. Wenkers vom Demobilmachungsausschuß stattfinden. Dr. Friedmann kam und drohte im Verlauf der Verhandlung mit der Eröffnung einer Arbeitgeberbörse. Schließlich erklärte er sich bereit, mit seinen Auftraggebern nochmals Rücksprache zu nehmen. — Am 9. April war aber bereits bei einem Arbeitgeber ein vom 8. April datiertes und von Dr. Friedmann unterzeichnetes Schreiben eingelaufen, in dem gesagt wird, daß die Verhandlung mit der Stadt Berlin wegen Errichtung des von den Arbeitnehmern erstrebten Arbeitsnachweises gescheitert sei. Deshalb hätten die Arbeitgeber sich dazu entschlossen, ihrerseits einen Nachweis (Börse) zu errichten. Dem Schreiben war ein Revers beigefügt, nach dem sich die Arbeitgeber bei Konventionalstrafe verpflichten sollen, die benötigten Kräfte nur durch den neuen Arbeitsnachweis zu beziehen. Dieser ist inzwischen auch tatsächlich eingerichtet, und in mehreren bürgerlichen Zeitungen wird behauptet, daß die Deputation für Handel und Gewerbe am 4. Mai einstimmig den Antrag auf Errichtung einer städtischen Filmbörse abgelehnt habe. Von einem derartigen Beschluß sei jedoch den Arbeitnehmern nichts bekannt.

Nach dem Referat setzte eine lange und zeitweise sehr temperamentvolle Aussprache ein, in der die Redner zur Einigkeit und treuem Zusammenhalten mahnten. Alle waren dafür, die bisherige Börse weiter zu besuchen und dafür Sorge zu tragen, daß die Existenz der Kollegen und Kolleginnen nicht untergraben werde. Wie dies wirkungsvoll verhindert werden könne, wurde vom Vortragenden noch eingehend erklärt. Großen Unwillen erregte eine Mitteilung, nach der 500 Russen aus dem Wünsdorfer Lager unter polizeilicher Bewachung bei der Filmfirma May beschäftigt werden.

Die Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Am letzten Sonntag tagte die Generalversammlung der Fabrikarbeiter Groß-Berlins, in der Rücker den Vierteljahresbericht gab. Er ging auf die Kämpfe in den einzelnen Industriegruppen ein, die durchwegs mit Lohnerhöhungen endeten. Der Kassenbericht für das 1. Quartal 1921 bilanziert für die Hauptkasse in der Höhe von 544 740,10 M. und für die Lokalkasse 561 298,87 M. An Weihnachtsunterstützung für die Arbeitslosen wurden 53 372,65 Mark ausgezahlt. Davon waren auf Listen 40 872,65 M. gesammelt. Auf Antrag der Revisoren wurden der Ortsverwaltung und dem Kassierer einstimmig die Entlastung erteilt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, Anträge, beschäftigte sich die Generalversammlung mit der Erhöhung der männlichen Beiträge um 50 Pf. pro Woche. Dafür soll die Streikunterstützung von 72 M. pro Woche auf 104 M. erhöht werden. Beschlossen wurde, daß ab 1. Juli d. J. der männliche Beitrag auf 4 M. pro Woche festgesetzt wird. Eine Ausnahme macht der Bezirk Niederlehme.

Ein Antrag des Bezirks Reinickendorf, den Internationalen Gewerkschaftskongreß in Moskau mit Delegierten zu beschicken, wurde, da dieser Antrag zu spät eingereicht war, auf den instanzenmäßigen Weg verwiesen. Ebenso erging es einem Antrag der Kunststeinarbeiter, eine Erhöhung der Lokalzuschläge vorzunehmen. Einstimmig beschloß die Generalversammlung, die Kollegin Schirow wegen Streikbruchs auszuschließen.

Streikmeldungen aus dem Ausland.

Die Arbeiter aller Kohlenreviere der Steiermark sollen heute in den Ausstand treten, weil die Wiener Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen gescheitert sind.

Aus Kopenhagen wird gemeldet, daß die Verhandlungen zwischen Landarbeitern und Unternehmern gescheitert sind und daß deshalb heute zirka 25 000 Arbeiter ausgesperrt werden sollen.

In Norwegen droht ein Generalstreik auszubrechen, an dem außer dem Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Krankenhauspersonal, alle Arbeiter, zirka 120 000 Mann, beteiligt sein werden, falls im Seemannskonflikt bis zum 26. Mai keine Einigung erzielt wird.

Zentralisation der Krankenkassen. In der Sitzung der Gewerkschaftsunterkommission Schöneberg vom 4. Mai referierte Genosse Krukow über die Bestrebungen zur Zentralisation der Krankenkassen. Durch die Schaffung der Einheitsgemeinde Berlin sind die Schranken gefallen, welche einer Zusamenfassung der einzelnen Orts- und Landkrankenkassen in den früheren Vororten im Wege standen. Das Versicherungsamt der Stadt Berlin hat bereits im Februar bei den Krankenkassen der Vororte eine Neuorganisation angeregt. Gedacht ist, daß die Bezirke 1 bis 4 der alten Stadtgemeinde Berlin von etwa 6 allgemeinen Ortskrankenkassen kranzförmig umgeben werden. Notwendig ist es, die neuen Ortskrankenkassen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammenzufassen. Für die Arbeiterschaft ist die Zusammenfassung der Krankenkassen nach einheitlichen Wirtschaftsgebieten eine dringende Notwendigkeit. Umfassende soziale Fürsorge durch Schaffung eigener Krankenanstalten, Heilstätten und Erholungsheime läßt sich nur erreichen durch Bildung großer, leistungsfähiger Krankenkassen, welche das Unterstützungswesen nach jeder Richtung hin auszubauen haben, besonders auf dem Gebiete der Familienhilfe. Wo kurzsichtige Einzelinteressen der Durchführung Schwierigkeiten bereiten, müssen diese beseitigt werden; maßgebend darf nur das Wohl der versicherten Arbeiter sein.

Der Zentralisation der Kaufmanns- und Gewerbegerichte wurde nach Ausführungen des Genossen Henkel zugestimmt und die Bildung von Berufskammern auf Vorschlag von Genossen Krukow empfohlen.

Für den Pfingsteinkauf benutzen Gewerkschaftler nur die von der Berliner Gewerkschaftskommission im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eingerichteten Verteilungsstellen. Die Versorgung mit Ober- und Unterkleidung und Schuhwaren ist sichergestellt. Gediegene Verarbeitung, gute Qualität und Billigkeit sind gewährleistet. Die Waren können von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends gegen Ausweis in nachstehenden Verteilungsstellen besichtigt und gekauft werden: Zimmerstr. 68, Sebastianstr. 37/38; Engelufer 20 (Transportarbeiterverband); Charitéstr. 3 (Konsumverein der ACG.); Schneidereigenossenschaft „Hoffnung", Berlin N., Brunnenstr. 185; Commeniusplatz 4; Schönhauser Allee 173, Eingang Schwedter Str.); Karlshorst, Waldsiedlung, Hegemeisterweg 54.

Maler, Lackierer, Anstreicher! Es sind noch Hörerkarten für verschiedene Lehrgänge der Betriebsräteschule zu vergeben. Kollegen, welche hierfür Interesse haben, wollen sich umgehend im Verbandsbureau melden.

Metallarbeiter-Verband. Ausgesperrte und Streikende aus der Schallplattenbranche. Wichtige Versammlung, Freitag 10 Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 12.
Die Ortsverwaltung.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Glühlampen
Halbwattlampen und sämtl. Elektro-Installat.-Material kauft
Carl Peschmann KG. Bernauer Str. 101
Fabrikgeb. III.

Heinrich Schulz: **Sozialdemokratie und Schule** Mk. 3,50
Dr. Otto Bonnet: **Der Volkslehrer im Volksstaat** Mk. 1,20
Dr. Richard Lohmann: **Die Arbeit im Elternbeirat** Mk. 1,50
Heinrich Baßler: **Die weltliche Schule** Mk. 1,50
Dr. Max Apel: **Die Volksschule als Einheitsschule** Mk. 1,25
20% Zuschlag
Buchh. Vorwärts Lindenstr. 2

Raucherdank!! Das sicherst. Mittel, das Rauchen ganz od. teilw. einzustell. Wirkg. verblüffend. Auskunft ums. Vers. San.Artik.Gg. Englbrecht, München R 6, Kaouzinerstr. 9

Schloßpark-Theater
Berlin-Steglitz, Schloßstr. 48.
Eröffnung: Donnerstag, 12. Mai, 7 Uhr.
Shakespeare: „Timon".
Musik von Max Trapp. Regie: Paul Henkels.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin .·. N 54, Linienstraße 83—85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714
Freitag, den 13. d. Mts., nachmittags 5 Uhr:
Versammlung der Obleute der Betriebsräte
in der Schulaula Koppenplatz.
Tagesordnung:
Was geht in der Metallindustrie vor?
Die Ortsverwaltung.
Der Gruppenrat der Hauptgruppe Metallindustrie.
J. A.: Hopt.

Dampfer-Extra-Fahrten
ab Waisenbrücke Neu-Kölln a. Wasser
Am 1., 2. und 3. Pfingstfeiertag
Teupitz (Tornows Idyll) Abfahrt 8 Uhr vorm.
außerdem 8½ und 2 Uhr nach Krampenburg
Billetts im Vorverkauf An der Stralauer Brücke 8.
Alexander 5325. Langwald & Schmolke.

Schokolade billiger!
Milch-, Creme-, Schmelz-Schokolade, Pralinen
bekannteste Marken, Bonbons, Dragee-Eier, Liebesperlen
zu und unter Fabrikpreisen!
A. Wechselmann, Berlin W 9, Linkstr. 20
Fernsprecher: Nollendorf 879

Deutsches Reichs-Bezugsquellen-Register
für Industrie, Handel und Export
Nur lieferungsfähige Firmen können aufgenommen werden! Preis des 400 Seiten starken Quartbandes Mk. 25.—
Aufnahmeformulare durch:
Industrie-Katalog Verlags-G.m.b.H. Stuttgart

Erich Fuhrmann
Spezialgeschäft für Trauringe
Gotzkowskystr. 13
empfiehlt sich allen Brautleuten
Preisliste kostenlos
Ich liefere in Qualität und Preis einzig dastehend fugenlose
Trauringe
Dub. Trauring 999 gest. 150 M. an
Trauring 585 gest. 95 M. an
Trauring 333 „ 50 M. an
Garantieschein für gesetzl. Goldgehalt.
Man vergleiche Gewicht und Preis mit den Preisen der Konkurrenz.
Ankauf von **Gold-, Silber-, Platinbruch** infolge Selbstverwertung zu denkbar günstigen Preisen
Telephon: Moabit 9354.

NEVEN & CO.
Spezialhaus für
Holz-Aufwaschtische
Marmor-Waschtische
Bade-Einrichtungen
Sanitäre Steingutwaren
Berlin C 19, Wallstr. 25 — Untergrundbahnhof Spittelmarkt-Inselbrücke